

# Basis stimmt über Union CVP-BDP ab

Ein Unionstag für die Parteibasis und eine gemeinsame Fraktion: die Kooperationspläne von CVP und BDP. **Von Stefan Bühler**

Das Dokument war nicht für die Öffentlichkeit gedacht: Auf sechs Seiten erläutert die Parteispitze der BDP ihre Pläne für eine engere Zusammenarbeit mit der CVP auf Bundesebene. Das als «Diskussionspapier» bezeichnete Schreiben ging diese Woche an die kantonalen BDP-Vorstände. Erstmals werden darin jene Fragen detailliert beantwortet, über die bisher bloss spekuliert werden konnte.

Die Pläne hat eine Arbeitsgruppe mit den Parteipräsidenten Christophe Darbellay (cvp.) und Martin Landolt (bdp.) sowie je zwei Bundesparlamentariern ausgearbeitet. Unter dem Stichwort «Stärkung der politischen Mitte im nationalen Parlament» schlägt sie vor, «die Bundeshausfraktionen von BDP und CVP unter dem Dach einer sogenannten CVP-BDP-Union zusammenzuschliessen». Man will weiter gehen als die heute bekannten Fraktionsgemeinschaften, die nur auf schriftlichen Vereinbarungen beruhen: «Die Union ist rechtlich gesehen ein Verein mit dem Zweck, die Bundeshausfraktion für BDP und CVP zu betreiben», heisst es.

## Bundesräte der Union

Damit wollen die Parteistrategen eine «höhere Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit der Zusammenarbeit im Bundeshaus» sicherstellen. «Mit einer gemeinsamen Fraktion kann die Mitte klar und glaubwürdig besetzt werden», heisst es. An dieser Stelle folgt das Argument, das am Beginn der Kooperationspläne stand, nämlich der Erhalt der beiden Bundesratssitze von Doris Leuthard und Eveline Widmer-Schlumpf: Dank der Struktur dieser Zusammenarbeit könnten «Relevanz und Schlagkraft ebenso erhöht

werden wie die arithmetischen Ansprüche». Im Text ist die Rede davon, CVP und BDP würden gemeinsam «voraussichtlich zweitstärkste Kraft» im Bundeshaus. Dies bezieht sich freilich nicht auf die Sitzzahl in der Vereinigten Bundesversammlung: Dort stehen BDP und CVP zusammen heute hinter SVP und SP an dritter Stelle.

Aus dem Dokument geht weiter hervor, dass die Basis der Parteien über die Kooperationspläne wird abstimmen können. Denn die Gründung der Unionsfraktion erfordert eine Statutenänderung, so dass Bundesparlamentarier und Bundesräte nicht mehr wie heute Mitglieder einer Fraktion ihrer jeweiligen Partei, sondern «der Union und der Unionsfraktion» sind, wie es in einem Statutenentwurf heisst. Die Statutenänderungen müssten von den Delegiertenversammlungen beider Parteien separat genehmigt werden: «Das käme einer Abstimmung über die Zusammenarbeit gleich», sagt Lorenz Hess, BDP-Nationalrat und Mitglied der Arbeitsgruppe, auf Anfrage.

Als zweite grundlegende Neuerung schlägt die Arbeitsgruppe die Einführung von «Unionstagen» vor: Zu diesen kann die Unionsfraktion «in der Regel mindestens einmal pro Jahr» die Delegierten beider Parteien und alle interessierten Parteimitglieder einladen. Zweck eines Unionstages soll es sein, jenen Positionen, in denen sich CVP und BDP einig sind, mehr Gewicht zu verleihen, etwa indem gemeinsame Resolutionen oder «in Ausnahmefällen» sogar Parolen zu Abstimmungen gefasst werden.

## Kantonalparteien sind frei

Die Unionstage, dies wird in dem Schreiben betont, «ersetzen nicht die Delegiertenversammlungen der beiden Parteien». Die Autoren sind sichtlich darum bemüht, allfällige Ängste, dass die Kooperation in eine Fusion der beiden Parteien münden könnte, zu zerstreuen: Für beide Parteileitungen sei unbestritten, «dass die Union die Unabhängigkeit der Kantonalparteien von BDP und CVP in keiner Weise einschränkt». So werden bei Wahlen Listenverbindungen von CVP und BDP auf kantonaler Ebene zwar angestrebt, aber keiner Kantonalsektion vorgeschrieben. Auch wolle man sich unabhängig voneinander profilieren: «Die BDP sieht sich als fortschrittliche Mitte, während die CVP eher als konservative Mitte bezeichnet werden kann», lautet die Formel. Oder wie es Hess sagt: «Mit der Union wollen wir unsere gemeinsamen Positionen stärken, ohne die eigenen Profile zu verwässern.»

Gleichwohl hat sich die Bündner BDP, die im Kanton in harter Konkurrenz zur CVP steht, am Freitag in der NZZ bereits skeptisch zur Annäherung auf Bundesebene geäussert. Hess nimmt diese «Ängste und Befindlichkeiten» zur Kenntnis: «Wir wollen solche Fragen eingehend diskutieren», sagt er, «darum führen wir jetzt die Befragung durch.»